




Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR SOZIALES, GESUNDHEIT UND INTEGRATION

Datum 21.07.2022
Name Jan Leipold
Durchwahl 0711/123 - 3705
Aktenzeichen 23-1433.1/4
(Bitte bei Antwort angeben)

 Dokumentation des Expertenhearings am 5. Juli 2022 „Pandemiemanagement im kommenden Herbst und Winter — wie sichern wir die Teilhabe von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien“

Eingangsstatement des Ministers:

Corona begleitet uns auch in diesem Sommer und wird uns weiterhin im Herbst und Winter begleiten. Zum Pandemiemanagement gehört präventives Denken und Handeln für eine Situation, die noch nicht eingetreten ist und nach Möglichkeit nicht eintreten soll.

Drei Ausgangsszenarien für Baden-Württemberg im Herbst und Winter sind möglich:

- a) günstigstes Szenario mit nur wenigen gesellschaftlichen Auswirkungen;
- b) mittelschweres Szenario mit gehäuften Infektionen und deren Folgen, so dass flächendeckende Maßnahmen des Übertragungsschutzes eingeführt werden müssen;
- c) ungünstigstes Szenario mit erhöhter Übertragbarkeit und erhöhter Krankheits schwere, so dass flächendeckende Maßnahmen des Übertragungsschutzes bis ins Frühjahr 2023 aufrecht erhalten bleiben müssen.

Nach aktuellem Stand ist das mittelschwere Szenario am wahrscheinlichsten.

Zentrale Herausforderung bleibt: die verfügbaren (intensiv-)medizinischen Kapazitäten nicht zu überlasten und die kritische Infrastruktur personell aufrecht erhalten zu können. Daneben bleiben die Abmilderung von schweren Krankheitsverläufen sowie Long COVID und die Vermeidung von Todesfällen essenziell.

Im Hinblick auf die sozialen Folgen der Pandemie und des Pandemiemanagements haben wir dazugelernt – auch die sozial vulnerablen Gruppen müssen wir in künftigen Wellen im Rahmen des Pandemiemanagements noch besser berücksichtigen.

Was bedeutet die Pandemie-Vorbereitung für Herbst und Winter für Kinder, Jugendliche und ihre Familien?

Die vergangenen zwei Jahre haben gezeigt: Was Erwachsene mit Murren und zähneknirschend aushalten können, belastet Kinder und Jugendliche erheblich.

Als Landesregierung haben wir die Bundesregierung in die Pflicht genommen. Wer erst im September entscheiden will, welche Maßnahmen ergriffen werden können, handelt zu spät. Für ein kluges und präventives Pandemiemanagement braucht es den gefüllten Werkzeugkasten. Nicht, weil heute beschlossen werden muss, was wann eingesetzt wird, sondern damit die Optionen zum Schutz der Bevölkerung vorhanden sind.

Im Rahmen der jüngsten Gesundheitsministerkonferenz am 1. Juli haben wir erneut den Bund darum gebeten, noch vor der Sommerpause unter Einbeziehung der Länder einen Entwurf zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes vorzulegen und den Ländern dadurch einen effektiven und rechtssicheren Instrumentenkasten an die Hand zu geben (Maskenpflicht, Testpflichten, Hygienekonzepte, Zugangsbeschränkungen).

Auch brauchen wir eine Surveillance des Infektionsgeschehens, die nicht mit mühseliger und Kapazitäten raubender Einzelfallerfassung einhergeht. Und wir brauchen Klarheit bei den Impfeempfehlungen. Denn es ist völlig klar: Je mehr Menschen, auch Kinder und Jugendliche, gut immunisiert in den Herbst und Winter gehen, desto geringer werden die Auswirkungen des Infektionsgeschehens.

Das heutige Hearing steht bewusst unter der Leitfrage „Wie sichern wir die Teilhabe von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien?“ Denn darum wird es in den kommenden Monaten gehen. Nicht um die Untersagung, sondern um die Ermöglichung. In den vergangenen zwei Jahren haben wir mit einer Hauptverordnung, zwei Unterverordnungen für die Kinder- und Jugendarbeit sowie die Jugendsozialarbeit und für die Familienbildung und frühen Hilfen gearbeitet. Und die teilstationären und stationären Angebote und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe waren von vielen Einschränkungen ausgenommen.

Mit den Unterverordnungen haben wir vor allem Ausnahmeregelungen für die einzelnen Bereiche getroffen. Für mich hat sich diese Struktur bewährt. Auch bewährt hat sich aus meiner Sicht, dass wir Arbeitsgremien für die Kinder- und Jugendarbeit sowie Jugendsozialarbeit und für die teilstationären und stationären Angebote der Kinder- und Jugendhilfe eingerichtet haben. Diese Gremien haben die Aufgabe, gemeinsam die Verordnungen des Sozialministeriums vorzubereiten und abzustimmen.

Sie, liebe Expertinnen und Experten, haben in den vergangenen zwei Jahren unglaubliches Engagement im Einsatz für die Kinder und Jugendlichen in Baden-Württemberg gezeigt. Hierfür danke ich Ihnen sehr herzlich. Ich bin mir sicher, dass wir Sie für die weitere Zusammenarbeit gewinnen können.

Das heutige Expertenhearing ist Teil unseres gemeinsamen Arbeitsprozesses. Und jetzt freue ich mich, wenn Sie Ihre Erwartungen und Befürchtungen einbringen.

Statements der Expertinnen und Experten

Themenblock Familien/Familienbildung:

Rosemarie Daumüller (Landesfamilienrat)

Die Pandemie traf „mit voller Wucht die Kinder“ (wie wir eine Fachveranstaltung im Herbst 2021 überschrieben haben), letztlich aber das gesamte System Familie, das in der Pandemie stark unter Druck geraten ist.

Die Pandemie zeigt Auswirkungen auf

- die wirtschaftliche Sicherung der Familie, Existenzängste
- Bildungschancen und -verläufe,
- Gesundheit und soziale Entwicklung von Kindern.
- Gewalt in der Familie.
- psychische Erkrankungen bei Jugendlichen – diese nahmen stark zu, bei fehlender Behandlungsmöglichkeiten (Therapieplätzen).
- die Eltern – sie gerieten unter Druck: Kurzarbeit, Anstrengung z.B. von Homeoffice, geschlossene Tagesbetreuung, Homeschooling. Wegfall der ambulanten Infrastruktur. Oft noch alte Menschen zu versorgen.
- Pflegebedürftige zu Hause – besondere Situation von Familien mit schwer pflegebedürftigen Kindern. Sie wurden allein gelassen.

Eine wesentliche Erfahrung lautet: Kinder, Jugendliche und Familien kamen so gut oder so schlecht durch die Krise wie die Familien aufgestellt sind. Denn es kommt darauf an, dass sie als Stabilitätsfaktor in guter Verfassung sind.

Aber: nicht überall reichen die vorhandenen Kräfte aus. Die Risse im System wurden unter der Belastung sichtbar (Stichwort vom Brennglas). Gerade Familien in Benachteiligungslagen waren härter von den Folgen betroffen (Wirtschaftliche Situation, Wohnung, Ausstattung).

Eine sicherheitsfixierte, weniger solidarische Gesellschaft exkludiert diejenigen noch stärker, die ohnehin über wenig Ressourcen verfügen. Das war bspw. eine Erfahrung im Bereich der Migration.

Während sich das Aufholprogramm des Bundes an Kinder und Jugendliche richtet, wurde dem Gesamtsystem Familie und den Ressourcen der Eltern weniger Beachtung geschenkt. Das ist – nicht nur – unter Präventionsgesichtspunkten problematisch, denn die Familie ist die wichtigste Sozialisationsinstanz für Kinder, ihr Einfluss bleibt – im Guten wie im Schlechten – stärker als der von Institutionen, daher muss sie sozusagen „mitgenommen“ werden.

Daraus muss folgen:

- Familien „fit machen“, Eltern befähigen und unterstützen – verschiedene Ansatzpunkte wählen
- Prävention ist enorm wichtig und zwar jetzt.
- Schulschließungen haben erhebliche negative Konsequenzen, langfristige Belastungswirkung.
- Die Größenordnung gesundheitlicher Probleme und Bildungsdefizite bei Kindern und Jugendlichen ist hoch, vulnerable Gruppen sind besonders betroffen.
- Kitas möglichst weit geöffnet halten, um Kindern diesen wichtigen Ort zu erhalten. Überlegen, ob uns die Entwicklung der Kinder und deren psychische Stabilität ein höheres Gut ist als eine mögliche Reduktion der Infektionen.
- Dem regulären Präsenzunterricht eine hohe Priorität einräumen
- Schulen unbedingt offenhalten. Wenn es für kurze Zeit nicht möglich ist, muss der Kontakt zu Schülerinnen und Schülern gehalten werden! Schulen müssen dafür verbindliche Konzepte haben.
- Strategie für Schulen beim Nachholen der Bildung:
 - Druck von den Schülerinnen und Schülern nehmen, Bildungsdefizite aufholen ist langfristiger Prozess
 - Viele psychisch belastete Kinder müssen zunächst gestärkt werden
- Multidisziplinäre Schulsozialarbeit
- Klassenfahrten und Freizeiten ermöglichen
- Außerdem ist sicherzustellen, dass alle Schülerinnen und Schüler die nötige Ausstattung und den Zugang zum Internet haben. Sich kümmern um „Abgehängte“. Die digitale Transformation, die teilweise mit der Pandemie beschleunigt wurde, darf Menschen nicht abhängen.

Dazu ist der Schulterschluss mit dem Kultusministerium zu suchen! Bsp. Bruchsal: Essen auf Rädern für Kinder und Jugendliche mit Nachfrage nach Ergehen und Ausstattung.

Was ist zu generell tun?

- Anlaufstellen, Austausch, Begegnung offenhalten, Quartiere stärken
 - Familienbildung, Familienberatung stärken und stabil anbieten, auch digital, aber nicht nur
 - Erholung – Familienerholung, Familienferienstätten dauerhaft stärken
 - Schnellere Kassenzulassung für Psychotherapien
 - Zugänge verbessern und neu schaffen – auch digital
 - Kontakt halten, sichere Netzwerke aufbauen. Digitale Transformation als einen wichtigen, aber nicht als zentralen Baustein verstehen
- Systeme krisenfest machen!

Kerstin Sommer (Landesjugendkuratorium Baden-Württemberg):

Die Pandemiepolitik hat Kinder, Jugendliche und ihre Familien nicht oder zu spät in den Blick genommen. Kinder, Jugendliche und ihre Familien erleiden aktuell eine mehrfache Krise und sind mehrfach belastet. Durch die Eigenheiten der Pandemie zielten die früheren Einschränkungen ganz besonders auf die altersspezifischen Bedarfe von jungen Menschen, dies führte bei der jungen Generation zu vielen Problemen, z.B. Symptomen von Angst und Depression, erhöhtem familiärem Stress und Aggression, häuslicher Gewalt.

Deswegen sagen Studien übereinstimmend, dass bei möglichen zukünftigen Pandemien oder weiteren Wellen der COVID-19-Pandemie die Bedürfnisse von Heranwachsenden und deren Familien während der Eindämmungsmaßnahmen stärker berücksichtigt werden müssen. Für das Pandemiemanagement bedeutet dies, dass wir so viel Gemeinschaft wie möglich zulassen, dass wir die Eigenverantwortung von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien, aber auch der Träger stärken und dass wir frühzeitig Kinder, Jugendliche und Familien aktiv beim Pandemiemanagement beteiligen. Mit Konzepten für Testungen, mit Instrumenten wie Maskenpflichten und Gruppenbildungen haben wir erprobte Maßnahmen, um Freiräume und Teilhabe zu ermöglichen.

Sonja Schmid (Landesnetzwerk Familienbildung):

Das künftige Pandemiemanagement muss das Ziel der Stärkung der Familien mit beinhalten. Als freie Träger sind wir Meister in der Flexibilität und wir haben gezeigt, dass Familienbildungsangebote unter den jeweils notwendigen Hygienemaßnahmen und Corona-Verordnungen umgesetzt werden können. Doch dafür brauchen wir auch im kommenden Herbst verlässliche Rahmenbedingungen:

- Unsere Angebote sind offenzuhalten, damit wir zu belasteten und benachteiligten Familien den Kontakt halten können.
- Die niederschweligen Familienbildungs- und -beratungsangebote ermöglichen die Inaugenscheinnahme von familiärer Interaktion und die Wahrnehmung von Belastungs- und Überforderungssituationen. Damit wird der Kinderschutz sichergestellt und der Zugang zu notwendigen Hilfen und Leistungen ermöglicht.
- Durch das Offenhalten der Familienbildungsangebote können gezielt Themen und Herausforderungen von Familien aufgegriffen und zeitnah passgenaue Formate zur Entlastung von Eltern und Familien entwickelt und umgesetzt werden.
- Hier haben sich digitale Formate bewährt, die dringend weiter ausgebaut, angepasst und verbessert werden müssen.
- Allerdings bedarf es weiterhin beide Formen der Umsetzung von Familienbildungsangeboten, da bildungsfernere, arme und benachteiligte Familien digital immer noch schwer zu erreichen sind.
- Diese Familien benötigen Begleitung in der Teilnahme und Anwendung von digitalen Angeboten ebenso wie regelmäßig die Erklärung von der Notwendigkeit und Veränderungen in den Corona-Verordnungen und Maßnahmen in einer einfachen Sprache. Auch die wichtige Corona-Impfung ist Thema in Formaten der Familienbildungsangeboten.

Mit all diesen vielfältigen flexiblen Ansätzen, Facetten und Formaten in der Familienbildung leistet diese in ihrem niederschweligen Zugang zu Familien in den unterschiedlichsten Lebenslagen einen präventiven und nicht zuletzt auch einen elementaren Beitrag für ein soziales Miteinander im Wohnquartier und in der Gesellschaft.

Themenblock Kinder- und Jugendarbeit:

Alexander Strobel und Jürgen Dorn (Landesjugendring Baden-Württemberg):

Die Kinder- und Jugendarbeit war in den letzten zwei Jahren zeitweilig ganz verboten oder nur stark eingeschränkt möglich. Einzelne Maßnahmen mussten so geplant werden, dass diese bis kurz vor Schluss auch wieder abgesagt werden konnten oder aufgrund von Verordnungen abgesagt werden mussten. Derzeit werden die Anlaufstellen für Kinder und Jugendliche mit psychologischen Problemen überrannt. Die Reduzierung von Bewegung führte zu deutlichen Gewichtszunahmen, übrigens nicht nur bei Kindern und Jugendlichen. Eltern wurden über Nacht zu Lehrerinnen und Lehrern, was vielerorts für mehr Stress im Elternhaus sorgte.

Mit all diesen Herausforderungen und Problemen wuchsen die Kinder und Jugendlichen in den letzten zwei Jahren auf. Ein Großteil ihres bisherigen Lebens. Der Mensch ist jedoch ein soziales Wesen, weshalb Kinder und Jugendliche Freiräume, soziale Kontakte und eigene Peergroups zum Heran- und Aufwachsen benötigen. Genau in diesen Aspekten hat die Kinder- und Jugendarbeit ihre großen Stärken. In wöchentlichen Gruppen, auf mehrtägigen Freizeiten oder durch aktive Mitarbeit in unterschiedlichen Programmen treffen Jugendliche auf Gleichgesinnte und Freundschaften können entstehen.

Diese Erkenntnis, dass Kinder und Jugendliche besonders während und mit den Corona-Einschränkungen gelitten haben, dürfte mittlerweile unbestritten sein und ist auch Inhalt zahlreicher Studien im In- und Ausland. Dieser Erkenntnis muss nun im Herbst auch zwingend ein politisches Handeln folgen. Dies gilt zuallererst natürlich auf Landesebene, aber – weil der Werkzeugkasten aus Berlin kommt –, auch grundsätzlich für die Bundesebene. Deshalb bitten wir Sie, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass Kinder und Jugendliche und die Kinder- und Jugendarbeit über die Rahmenbedingungen auch getrennt als eigenständige gesellschaftliche Gruppe behandelt werden kann. Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-Pandemie dürfen dieses Mal nicht bei Kindern und Jugendlichen beginnen, sondern sie müssen dort enden. D.h. Maßnahmen sind zuerst im beruflichen Kontext, wie z.B. der Homeoffice-Pflicht, zu treffen. Das – zugegeben plakative – Bild, dass sich Erwachsene in Restaurants treffen, während sich Kinder und Jugendliche nur noch eingeschränkt treffen dürfen, darf nicht wieder entstehen.

Und auch wenn die Gruppen der Schülerinnen und Schüler für die Landespolitik am einfachsten „regelbar“ ist, so müssen die Maßnahmen nachrangig zum Zug kommen. Dies gilt auch für eine Maskenpflicht. In der Arbeitswelt wäre das dauerhafte Tragen von Masken wohl eher nicht zulässig. Gleichzeitig muss sorgfältig abgewogen werden, ob die außerschulischen Orte gleichermaßen behandelt werden. Wir wünschen uns hier ein deutliches Mehr an Möglichkeiten, die Kinder- und Jugendarbeit am Leben zu halten und als Stütze für das Aufwachsen junger Menschen anzuerkennen. Die Kinder- und Jugendarbeit, und das gilt auch für die Jugendsozialarbeit und den Sport, muss in die Lage versetzt werden, ihre Angebote aufrecht zu erhalten. Bereits heute, in ihren zumeist rein ehrenamtlichen Strukturen geschwächt, würde sie sich sonst auf Jahre hinaus nicht mehr erholen. Ein einfaches Beispiel macht die Problematik deutlich: Viele Jugendliche beginnen, nach eigenen Erfahrungen in Gruppen, Kreisen und Freizeiten, sich für eine Mitarbeiterschaft zu interessieren. Wenn diese Erfahrungen jedoch ausbleiben, können sie auch für eine Mitarbeit nicht gewonnen

werden. Und der Zeitraum, in dem sie gewonnen werden können, ist heute nur wenige Monate lang.

Lassen Sie mich auch noch einen Satz zu den Corona-Verordnungen sagen: Sie waren schlicht zu komplex. Häufig konnte man sich Zusammenhänge nur dadurch erschließen, wenn man mehrere Gesetze auf Bundes- und Länderebene kannte. Dass Ehrenamtliche vor Ort sich hier zielsicher zurechtfinden, war eher die Ausnahme denn die Regel. Gerade aber Ge- und Verbote des eigenen Lebensbereiches sollten von der Gruppe derer, die davon betroffen sind, auch gelesen und verstanden werden können. In der Kinder- und Jugendarbeit wurde sehr umsichtig mit den Möglichkeiten von Angeboten umgegangen. Uns ist jedenfalls kein Hotspot durch die Jugendarbeit bekannt. Es gibt bewährte Möglichkeiten, wie z.B. Tests oder größere Kohorten, die im Zweifel und als letztes Mittel immer noch besser wären als Verbote in Verordnungen. Und letztendlich regelt sich manches auch wie beim Strom – man sucht den geringsten Widerstand. Wenn Treffen in Einrichtungen, Gruppen und Angeboten nicht mehr möglich sind, wird man sich unkontrolliert in Cliquen zu Hause im Keller oder im Wald treffen. Unsere Bitte an die Politik: Geben Sie uns schnellstmöglich Sicherheit, wie wir im kommenden Herbst und Winter unsere Angebote durchführen können.

Martin Wetzel und Thomas Hofmann (Arbeitsgemeinschaft der Jugendfreizeitstätten):

Selbst wenn Schulen schließen, ist es umso wichtiger, dass Kinder und Jugendliche Ansprechpersonen und Räume in ihrem Sozialraum vorfinden.

Kinder- und Jugendarbeit leistet über Beziehungsarbeit einen enormen Beitrag zum Zusammenhalt der Gesellschaft. Familien, die in prekären Situationen leben, haben oft keine Ausweichmöglichkeit bei Konflikten und benötigen uns und unsere Einrichtungen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden als Vertrauenspersonen wahrgenommen und sind ein sicherer Hafen bei Problemen. Ebenso hat die Kinder- und Jugendarbeit immer Erklärungsarbeit für die Verordnungen übernommen und Präventionsarbeit geleistet, damit es im Stadtteil oder der Kommune nicht eskaliert.

Psychische Belastungen von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien können so präventiv sehr früh aufgefangen werden.

Arbeitgeber sollten diesen Bereich nicht in Kurzarbeit schicken oder sogar für andere Zwecke einsetzen. Pädagoginnen und Pädagogen müssen für unsere Kinder und Jugendliche da sein.

Dies trägt maßgeblich dazu bei, dass der Kinder- und Jugendschutz aufrechterhalten werden kann.

Schulische Bildung ist natürlich sehr wichtig, aber was bringt uns die beste Schulbildung, wenn unsere Kinder und Jugendlichen das soziale Miteinander nicht mehr beherrschen und Kinder im Grundschulalter sogar in der Sprache abbauen und den Umgang miteinander verlernen?

Unsere Bitten zum Schluss: Übersichtliche Regelungen gestalten, versuchen, Methoden zu wählen, die bekannt und nachvollziehbar sind, hier kann man weiterhin auf Masken und Tests setzen.

Beteiligung der Kinder und Jugendlichen darf auch in Krisensituationen nicht ausgesetzt werden.

Es ist wichtig, dass die jungen Menschen, insbesondere die Jugendlichen, für die Gesellschaft sichtbar bleiben und nicht scheinbar verschwinden, entweder in "geheime" Orte oder in die innere Emigration vor den heimischen mobilen Endgeräten. Das ist für die Jugend ebenso wichtig wie für die "Mehrheitsgesellschaft". Jugend darf nicht separiert werden und ist nicht "The Public viral Enemy".

Die Offenen Kinder- und Jugendarbeit hat in den letzten Jahren gezeigt, dass sie verantwortlich mit dem Gesundheitsschutz umgeht. Diese Expertise der Mitarbeitenden ist zu nutzen, vor allem, wenn im Dialog mit den jungen Menschen – partizipativ und gemeinsam – Regelungen vor Ort getroffen werden, die dann nicht nur angenommen werden, sondern auch passen. Zumal es nicht nur Mitarbeitende, sondern auch die jungen Menschen als Expertinnen und Experten ihrer Lebenswelt ernst zu nehmen gilt.

Themenblock Jugendsozialarbeit:

Philipp Löffler und Matthias Reuting (LAG Jugendsozialarbeit, Netzwerk Schulsozialarbeit):

Wie die einschlägigen Studien und die Beobachtungen aus der Praxis zeigen, war die bisherige Zeit der Pandemie für junge Menschen und gerade für die, die vorher schon in benachteiligten Lebenslagen waren, mit nachhaltigen Belastungen und Auswirkungen verbunden. Erfahrungen von Ohnmacht und Perspektivlosigkeit haben sich verstärkt, Erfahrungen von Selbstwirksamkeit waren stark eingeschränkt. Benachteiligungen im Bereich von Bildung und sozialer Teilhabe haben stark zugenommen. Dabei ist es uns wichtig, dass immer auch die jungen Erwachsenen bis 27 Jahre mit im Blick sind.

In Abstimmung mit der LAG Mobile Jugendarbeit/Streetwork und dem Netzwerk Schulsozialarbeit möchten wir deshalb auf vier wichtige Dimensionen hinweisen:

1) Verfügbarkeit von Unterstützungs- und Hilfesystemen gewährleisten.

- Individuelle, themenbezogene Unterstützung für – gerade benachteiligte – junge Menschen durch Fachkräfte der Sozialen Arbeit muss jederzeit möglich sein.
- Behörden, wie z.B. Jobcenter, Jugendämter, Stadtverwaltungen etc., müssen für junge Menschen – anders als in den ersten Phasen der Pandemie – durchgehend erreichbar sein.
- Dazu gehört auch, abzusichern, dass Fachkräfte aus der Jugendsozialarbeit möglichst durchgängig einsatzfähig sind und im Quarantänefall nur so begrenzt wie möglich fehlen, und zu verhindern, dass sie in andere Felder „abgezogen“ werden müssen.

2) Soziales/Gemeinschaftliches/Miteinander ermöglichen.

- Anlaufstellen der JSA, Jugendtreffs, (-häuser), Clubs, Vereine, öffentliche Räume, informelle und non-formale Lern- und Bildungsräume benötigen die selbe Wichtigkeit wie formale Lern- und Bildungsräume, sowohl im öffentlichen Raum, als auch an der Schule.

3) Perspektiven für junge Erwachsene gerade auch im Übergang Schule – Beruf im Blick haben.

- Junge Menschen befinden sich in einer grundlegenden Phase des Lebens, die einen Grundstein für ihre Zukunft legt. Dazu gehört auch, die berufliche Orientierung und die Bewältigung des Übergangs Schule – Beruf. Die Aufrechterhaltung von Zugängen zu Praktika und Unterstützungsangeboten ist dabei von besonderer Bedeutung.

4) Beteiligung und Information junger Menschen sichern:

Die direkte Beteiligung junger Menschen in den Entscheidungsprozessen sollten sowohl vor Ort als auch auf Landesebene zumindest in Form von Dialogformaten sichergestellt werden. Junge Menschen haben in den letzten beiden Jahren häufig erlebt, mit ihren Anliegen nicht wahrgenommen zu werden und ein stärkeres Gehörtwerden unter anderem im Jugendhearing des Sozialministeriums eingefordert. Dies soll im Winter 2022/23 nicht mehr geschehen bzw. die Beteiligung weitergeführt bzw. intensiviert werden.

Zusammenfassend ist uns wichtig herauszustellen: Die Lebensphase für die jungen Menschen ist eine besonders kritische und anfällige, die Zahlen aus den Studien belegen gleichzeitig, dass die Auswirkung lange andauern. Es ist deshalb wichtig, dass

junge Menschen zukünftig bei erforderlichen Maßnahmen zu den bevorzugten Gruppen gehören, die möglichst wenig in ihrer Teilhabe an Bildung und Sozialem beeinträchtigt werden.

- Sollten Maßnahmen notwendig sein, sehen wir die bislang etablierten Maßnahmen als hilfreich, um Kontaktbeschränkungen zu verhindern und Angebote unter Hygienebedingungen bestmöglich aufrecht erhalten zu können. Als wichtig erachten wir dabei auch, weiterhin kostenfreie Schnelltests für Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe.
- Die gute Kommunikation zwischen Sozialministerium und Verbänden (insbesondere in der AG), für die wir an dieser Stelle nochmals herzlich danken möchten, sollte fortgesetzt werden. Eine Einbindung des Kultusministeriums und bessere Abstimmung der Verordnungen im Bereich Soziale Arbeit und Schule erscheint uns wichtig.

Für die Träger ist es notwendig, die Aufgaben für die jungen Menschen zuverlässig durchführen zu können und die Energie in die Arbeit mit den jungen Menschen investieren zu können. Daher ist es wichtig, dass die Einrichtungen/Finanzierung der Einrichtungen gesichert sind:

- Die Verbände der JSA (LAG Jugendsozialarbeit, LAG Mobile Jugendarbeit/Streetwork, Netzwerk Schultsozialarbeit) begrüßen es, dass es gelungen ist, die Gelder des „Aufholpakets“ in großen Teilen für zusätzliche Förderungen im Bereich Schulsozialarbeit und Mobile Jugendarbeit/Mobile Kindersozialarbeit zu nutzen. Hier bitten wir darum, dass gemeinsam nach einer Fortsetzung diese Möglichkeiten gesucht wird. Mit dem Ende des Jahres 2022 sind die Folgen für die Zielgruppe der JSA noch nicht abgearbeitet.

Themenblock Kinder- und Jugendhilfe:

Uta Hohberg (VPK – Landesverband privater Träger der freien Kinder-, Jugend- und Sozialhilfe in Baden-Württemberg):

In der Pandemie hat sich eine gute Basis für die Zusammenarbeit von Sozialministerium, KVJS/Landesjugendamt, Jugendämtern und freien Trägern im Bereich der (teil-)stationären und stationären Kinder- und Jugendhilfe entwickelt. Die hierfür eingerichtete Arbeitsgruppe hat sich bewährt und sollte bei Bedarf dringend fortgesetzt werden. Eine stärkere Teilnahme und Beteiligung des Kultusministeriums wäre wünschenswert, da es viele Schnittstellen gibt.

Die grundsätzliche Ausnahmeregelung für die Kinder- und Jugendhilfe in den Corona-Verordnungen ist eine wichtige Errungenschaft. Für die freien Träger sind und waren vor allem die gemeinsamen Eckpunkte ein wichtiges Instrument, um passgenaue Lösungen für die Bedürfnisse vor Ort zu finden. Die Einrichtungsleitungen haben mittlerweile eine gute Expertise im Umgang mit der Pandemie und in der Erstellung und Umsetzung von Hygienekonzepten. Ein Abweichen von den Empfehlungen der Eckpunkte in Verantwortung der Träger muss auf dieser Grundlage weiterhin möglich sein, um den besonderen Bedarfen der jungen Menschen Rechnung zu tragen. Handlungsbedarf besteht weiterhin bei den Fragen des Zugangs zu kostenfreien Testmöglichkeiten für die Kinder- und Jugendhilfe und bei der Finanzierung von zusätzlichen Bedarfen, die sich aufgrund der Pandemie ergeben. Eine Berücksichtigung der Kinder- und Jugendhilfe bei einer neuen Teststrategie ist hier dringend nötig.

Stefanie Krauter (Liga der freien Wohlfahrtspflege):

In ihrer Tätigkeit ist die teilstationäre und stationäre Kinder- und Jugendhilfe häufig von mehreren Corona-Verordnungen berührt, wenn es dann zu unterschiedlichen Regelungen zwischen den Verordnungen oder gar zu Diskrepanzen kommt, ist dies für die Fachkräfte eine große Herausforderung und Kindern und Jugendlichen nur schwer zu vermitteln, da es doch um eine Lebenswelt geht. Für die Fachkräfte waren die vergangenen zwei Jahre eine Zeit der besonderen Belastung – ähnlich oder gleich wie dies für die Beschäftigten in der Pflege oder den Krankenhäusern gilt. Deswegen muss es darum gehen, weitere Belastungen zu vermeiden. Die Fachkräfte sind ein wesentlicher Faktor dafür, dass der Betrieb von Einrichtungen in der Pandemie aufrechterhalten werden konnte und kann.

Im Hinblick auf den kommenden Herbst und Winter gilt es, die bestehenden Spielräume zu erhalten, den Zugang zu therapeutischen Angeboten für Kinder und Jugendliche zu ermöglichen, für die Beschäftigten gute Quarantäneregelungen, flexiblen Personaleinsatz und Regelungen des Zugangs zu Testungen zu ermöglichen. Um die Belastungen bei den Kindern und Jugendlichen so gering wie möglich zu halten, müssen Begegnungen mit Gleichaltrigen möglich und alle Angebote der Erziehungshilfen wie bereits letzten Winter jederzeit niedrigschwellig zugänglich bleiben.

Sollten uns im Herbst/Winter neue Virusvarianten mit ganz neuen Fragestellungen konfrontieren, so ist anzuraten, neben der Fachexpertise in der Task Force auch die Expertise junger Menschen und ihrer Familien anzuhören und in Entscheidungsprozesse mit einzubeziehen.

Gerald Häcker (KVJS/Landesjugendamt):

Aus dem Gutachten des Sachverständigenrats geht hervor, dass es keine abschließenden Beweise für die Wirksamkeit von Schnelltests oder Zugangsbeschränkungen (z.B. 3G) gibt. Sehr deutlich allerdings die Forschungsergebnisse: Schäden bei Kindern und Jugendlichen durch Lockdowns und Schulschließungen. Unseres Erachtens wäre ein Paradigmenwechsel von enormer Wichtigkeit: Kinder sind keine Pandemietreiber, die durch harte Lockdownregelungen für eine gesunde Gesellschaft verantwortlich gemacht werden, sondern Kinder/Jugendliche werden als potenziell gefährdete gesellschaftliche Gruppe wahrgenommen und Lockdownregelungen nachrangig bei ihnen und deren wichtigen Institutionen (Schule, Kita, Vereine, etc.) umgesetzt. Die Gesellschaft wäre somit wieder für gesunde junge Menschen verantwortlich und nicht umgekehrt. Ziel muss dabei sein, weiterhin Kinder und Jugendliche zu erreichen und notwendige Unterstützung und Stabilität zu bieten.

Deshalb muss im Fokus stehen:

- Soziales Miteinander: Sozialkontakte innerhalb und außerhalb der Schule aufrechterhalten.
- Einrichtungen und Anlaufstellen der Jugendhilfe, der Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit/Schulsozialarbeit und Beratungsstellen sollten weiterhin in Präsenz geöffnet bleiben; bei flächendeckendem Lockdown auf eine max. Gruppengröße beschränkte sowie „aufsuchende“ Online-Präsenz. Ebenso gilt es, den Betrieb der Kindertageseinrichtungen aufrechtzuerhalten, flankiert durch strukturelle und rechtliche Maßnahmen, wie bspw. die gemeinsamen Schutzhinweise von KVJS, UKBW und LGA, Regelungen in Rechtsverordnungen, Orientierungshinweise etc.
- Partizipation: Insbesondere der verstärkte Einbezug von jungen Menschen bei der Erstellung von Maßnahmen- sowie Hygienekonzepten vor Ort in den Einrichtungen der Jugendhilfe/Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit hat sich bewährt.
- Die Praxis zeigt, dass die Träger wie auch die Fachkräfte in Kita/Jugendhilfe/Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit sehr verantwortungsvoll mit der Pandemiesituation (in Bezug auf Hygiene-Maßnahmen/Konzept, Abstand, etc.) umgegangen sind. Entsprechend könnte in einem zukünftigen Pandemiemanagement bei eindeutigen Regelungen auf weitreichende Beschränkungen verzichtet und ein Mehr an Verantwortung an die Träger und Fachkräfte abgegeben werden.
- „Testen statt Masken“ insbesondere bei jüngeren Kindern (sind nach Gutachten deutlich weniger ansteckend).
- Heimfahrten (stationäre Einrichtungen) zu den Eltern bzw. persönliche Kontakte mit ihnen sollten nur in Ausnahmefällen nicht möglich sein.
- Quarantäne nach negativem Test beenden, das heißt, keine Mindestquarantäne für Mitarbeitende und Kinder wie z.B. 10 Tage festlegen.

- Unbürokratische Ausnahmeregelungen in Notsituationen.
- Bisher waren die Fachkräfte der Schulsozialarbeit der Corona-Verordnung Schule zugeordnet, wurden seitens des Kultusministeriums allerdings selten als Fachkräfte der Jugendhilfe an der Schule „mitgedacht“. Hier gilt es, bei einem zukünftigen Pandemiemanagement die Verordnungen des Kultus- und des Sozialministeriums an dieser Schnittstelle besser aufeinander abzustimmen.

Themenblock Kinder- und Jugendschutz:

Elke Sauerteig und Marion von Wartenberg (Aktion Jugendschutz):

Bisher wurden im Pandemiemanagement Kinder und Jugendliche zu wenig als soziale Wesen beachtet. Sie erlebten die Pandemie als Zeit der Ausgrenzung, der Vereinamung, der Überforderung und Nichtbeachtung der eigenen Kompetenzen. Vielfach reduzierte sich ihre Lebenswelt auf das familiäre Umfeld. Und in diesem konnten sich Spannungen und Konflikte weiter aufbauen oder neu entstehen, während der Kontakt zu Vertrauenspersonen außerhalb des engsten Umfelds eingeschränkt war.

Für das künftige Pandemiemanagement bedeutet dies, dass wir den Fokus auf Kinder und Jugendliche als soziale Wesen legen müssen. Wir müssen Kindern und Jugendlichen den sozialen Kontakt und den Zugang zu all den Angeboten, die sie für ihre Entwicklung brauchen, ermöglichen, ggf. auch durch aufsuchende Arbeit. Die Kompetenzen und Erfahrungen der Fachkräfte in den Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe aus den Vorjahren der Pandemie sind hier zu nutzen. Kinder und Jugendliche sind mit ihren Erfahrungen, Bedürfnissen und Kompetenzen zu hören und zu beteiligen.

Die Einrichtungen der Jugendhilfe, der Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit/Schulsozialarbeit und Beratungsstellen sollten in Präsenz geöffnet bleiben. Entsprechende Schutzmaßnahmen (Test, ggf. Masken) sollten kostenfrei bereitgestellt werden. Fachkräfte müssen achtsam und sensibel mit Themen wie Ausgrenzung (z.B. Heranwachsende in Quarantäne), Gefährdungen wie Cyber-Mobbing oder häusliche Gewalt umgehen und entsprechende fachliche Unterstützung leisten. Gemeinschaftsfördernde Angebote, die auch diese Themen aufgreifen, sind unerlässlich.

Die Kooperation zwischen Sozialministerium und Kultusministerium ist aufgrund der Schnittstellen sehr wichtig und sollte gestärkt werden. Gleiches gilt für die Kooperation vor Ort zwischen allen Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe, der Schule und dem Gesundheitswesen.

Sollte eine erneute Schließung der Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Schule aufgrund der Infektionszahlen unumgänglich sein, sind digitale Kontaktmöglichkeiten und Anlaufstellen für Kinder, Jugendliche und Eltern mit den Fachkräften dringend geboten. Die Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe sowie auch die Schule sollten Pläne dafür vorab bereithalten. Familien mit Unterstützungsbedarf sind besonders in den Fokus zu rücken.

Wir begrüßen die kommende Impfkampagne. Neben der Ansprache von Eltern ist insbesondere eine zielgruppengerechte Ansprache – vor allem in sozialen Medien – von Kindern und Jugendlichen auf Augenhöhe notwendig.

Julia Wahnschaffe (Kinderschutzbund):

Wir alle müssen lernen, mit dem Virus zu leben. Dabei sind Kinder und Jugendliche sehr viel stärker in den Blick zu nehmen als bisher. Denn viele der Corona-Maßnahmen haben sie und ihre Eltern besonders hart getroffen – das wissen wir aus zahlreichen Studien und Statistiken. Unter anderem aus den Juco/Kico-Studien der Uni Hildesheim und Frankfurt wissen wir, dass Kinder- und Jugendliche sich nicht gehört oder gesehen und beteiligt fühlten und sich auf ihr Schüler-Sein reduziert sahen.

Als Lehre aus dem bisherigen Pandemie-Management müssen wir uns als Gesellschaft fragen, wie es uns gelingen kann, dass Kinder und Jugendliche das Gefühl haben, sie werden in der Krise gesehen. Hierzu wünschen wir uns eine breite Diskussion unter Beteiligung von Kindern- und Jugendlichen.

Mit Blick auf die UN-Kinderrechtskonvention, Artikel 3, sollten wir bei allen Maßnahmen, die Kinder und Jugendliche betreffen, das Wohl des Kindes vorrangig berücksichtigen. Das gilt für alle, aber besonders für die, die ohnehin schon gefährdet oder belastet sind: sei es aufgrund von Mehrfachbelastungen, die durch Corona noch verstärkt wurden, oder durch eigene Erkrankungen oder Beeinträchtigungen.

Wir benötigen auch eine kindgerechte und am Kindeswohl ausgelegte Formulierung von Verordnungen, z.B. bei den Absonderungsbriefen oder Kitaverordnungen. Während der Schul- und Kitaschließungen im letzten Jahr ging es bei der Notbetreuung zunächst um die Systemrelevanz der Eltern, erst später wurde hier auch der Gedanke des Kinderschutzes aufgenommen. Im aktuellsten Bericht des Sachverständigen-Rates zur Beurteilung der Coronapolitik wird zwar darauf hingewiesen, dass Kita- und Schulschließungen die letzte aller möglichen Maßnahmen sein sollte, aber „wenn alle Stricke reißen, auch ins Auge gefasst werden müssen“. Falls dieser Fall eintreten sollte, was wir alle nicht hoffen, sollte unsere oberste Priorität sein, dass die Fach-

kräfte Kontakt zu jedem Kind halten, sodass kein einziges Kind aus dem gesellschaftlichen Blick gerät. Diese Priorität sollte auch in sämtlichen Verordnungen sprachlich zum Ausdruck kommen.

Um Kinder und Jugendliche zu beteiligen, gehört auch ein niederschwelliges Informationsangebot, das sich speziell an sie richtet. Mit Verweis auf die Impfkampagne „dranbleiben-bw“ mit ihren Erklärvideos und Aktionen ist hier schon sehr viel passiert. Falls es im Herbst/Winter wieder weitreichende Maßnahmen geben wird, ist es sicherlich sinnvoll, die Corona-Verordnung als Matrix (die es ja für Erwachsene gab), noch mal speziell für Kinder und Jugendliche aufzubereiten.

Impfangebote, Informationen und Aufklärung sollten unbedingt weiter angeboten werden, aber ohne dabei Druck auf Eltern und Kinder auszuüben. Wir sprechen uns dafür aus, dass die gesellschaftliche Teilhabe von Kindern und Jugendlichen nicht von ihrem Impfstatus abhängig sein darf. Wir begrüßen es insofern sehr, dass die Landesregierung an den Ausnahmen für ungeimpfte Schülerinnen und Schüler zu Beginn dieses Jahres weiter festgehalten hat, sodass die 12-17-Jährigen immer mit ihrem Schülerschein ins Handballtraining oder Kino gehen konnten. Wir bitten also die Landesregierung, ungeimpfte Kinder und Jugendliche auch bei einer sich verschärfenden Pandemielage weiterhin nicht von sämtlichen Freizeit- und Sportangeboten auszuschließen, denn sie alle brauchen die größte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben.

Monika Becker (Landeskoordinierungsstelle Fachberatungsstellen sexualisierte Gewalt):

Die Entwicklung in der Pandemie muss mit Sorge betrachtet werden, durch den Wegfall von sozialen Kontakten ist die Schutzlosigkeit von Kindern und Jugendlichen gestiegen. Parallel wuchs auch die Gewalterfahrung von Kindern und Jugendlichen im digitalen Raum. Schon zu normalen Zeiten ist für Betroffene die Öffnung gegenüber vertrauten Personen ein schwieriger Weg. Er darf nicht durch das Pandemiemanagement noch schwerer werden.

Aus diesem Grund müssen Schulen und KiTas geöffnet bleiben, damit Betroffene weiterhin Ansprechpersonen finden. Kinderschutzabläufe und Gefährdungseinschätzungen müssen auch in Pandemiezeiten garantiert werden. Das heißt, Fachpersonen von freien Trägern müssen für Kinder und Jugendliche auch in Präsenz erreichbar sein. Zusätzlich müssen die Jugendämter in Präsenz erreichbar bleiben, sowohl für Helferkonferenzen als auch für Kinder, Jugendliche und Eltern.

Betroffene, aber auch angesprochene Vertraute brauchen einen niederschweligen Zugang zu den Fachberatungsstellen gegen sexualisierte Gewalt. Zusätzlich zur Präsenzberatung brauchen Fachberatungsstellen finanzielle Ressourcen, um digitale Angebote der Beratung weiter auszubauen. In der Fachberatungsstelle finden Betroffene die notwendige fachkundige Beratung und Unterstützung. Fachkräfte können in der Begleitung Betroffener Unterstützung finden. Zum Schutz vor sexualisierter (auch digitaler) Gewalt und zum Erreichen von Hilfeangeboten müssen Präventionsangebote durch Fachberatungsstellen an Schulen stets zugelassen bleiben. Genauso niederschwellig müssen aber auch die Zugänge zur Jugendhilfe und den Jugendämtern sein.

Fachberatungsstellen benötigen finanzielle Förderung, um Prävention digital als auch in Präsenz durchführen zu können. Kinder und Jugendliche benötigen vor allem in Pandemiezeiten, in denen die Zahlen von Grooming und Konsum von Missbrauchsdarstellungen (Kinderpornografie) stark ansteigen, wiederkehrend regelmäßig Prävention. Nur so können sie geschützt werden oder sich frühzeitig gegenüber Erwachsenen öffnen. Einige Jahrgänge haben bereits jetzt durch die zurückliegenden Pandemiejahre keine Prävention erhalten.

Themenblock Jugendämter:

Wolfgang Borkenstein (Sprecher der Kreisjugendreferate beim Landkreistag) und Stephan Weismann (Sozial- und Jugendbehörde der Stadt Karlsruhe):

Es braucht im Interesse der Kinder, Jugendlichen und ihren Familien einen Paradigmenwechsel im Pandemiemanagement: Die Kinder- und Jugendhilfe in ihrer ganzen Bandbreite muss privilegiert und nur mit den mildesten aller möglichen Einschränkungen belastet werden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Träger der Kinder- und Jugendarbeit sind in den beiden vergangenen Jahren sehr verantwortungsvoll mit den Richtlinien umgegangen, deshalb sollte ein Rahmen von Corona-Vorgaben entwickelt werden, der Empfehlungscharakter hat. Insbesondere in der Kinder- und Jugendarbeit darf es nicht wieder zu einer Unterscheidung zwischen den Tätigkeitsfeldern des § 11 und des § 13 des achten Sozialgesetzbuches kommen. Auch für die Beschäftigten in den Jugendämtern stellt die Pandemie eine große Belastung dar, der Personal-mangel wird durch die Pandemie noch verschärft und gefährdet bestehende stationäre und Inobhutnahme-Angebote der freien Träger.

Themenblock Kommunale Landesverbände:

Benjamin Lachat (Städtetag BW):

Das Pandemiemanagement hat sich bislang sehr auf das Virus selbst, die Übertragung, die Erkrankung und deren unmittelbaren Folgen konzentriert. Jetzt ist es an der Zeit, darüber hinaus die mittel- und langfristigen Folgen unmittelbar einzubeziehen. Dies kann nur gelingen, wenn wir die besonderen Belastungen von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien beachten. Aus ihnen ergibt sich die Notwendigkeit einer Entlastung bei den Infektionsschutzmaßnahmen. Aus Sicht des Städtetags sollte dies auch bereits im Infektionsschutzgesetz gesetzlich verankert werden. Darüber hinaus ist es an der Zeit, dass das Land ein Stück weit die Verantwortung für das Pandemiemanagement wieder an die Kreise, Städte und Gemeinden zurückgibt. Von der Landesregierung wünschen wir uns einen Werkzeugkasten an Maßnahmen, den wir zielgerichtet und an den Lagen vor Ort orientiert einsetzen können.

Tobias Spröhnle (Gemeindetag):

Die generelle Schließung von Einrichtungen und Angeboten sollte im Pandemiemanagement keine Anwendung mehr finden. Vielmehr brauchen die Gemeinden die Ermöglichung von flexiblen Lösungen vor Ort. Insbesondere die Kindertagesbetreuung mit ihrer frühkindlichen Bildung darf nicht wieder geschlossen werden.

Feste Strukturen und soziale Kontakte mit Gleichaltrigen sind wesentliche Bestandteile einer gesunden Entwicklung und wichtig für Stabilität, Sicherheit und Zugehörigkeitsgefühl.

Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, Vereine und Bildungsträger haben gezeigt, dass sie ein großes Maß an Eigenverantwortung tragen können und wollen, um für Kinder und Jugendliche passgenaue Angebote bereitzustellen und ihnen damit einen geregelten Alltag ermöglichen zu können.

Kinder und Eltern brauchen verlässliche Regelungen. Kurzfristige Anpassungen und ständig wechselnde Angebote bis hin zum Wegfall bringen vor allem Eltern mit kleinen Kindern an die Grenzen der Flexibilität und Belastbarkeit.

Schlussworte des Ministers:

Was braucht es nun also für den Herbst/Winter? Es braucht eine zweigleisige Strategie: Ein Leben mit dem Virus im Maße, wie es möglich ist, bei gleichzeitigem Schutz

von vulnerablen Gruppen und einer Aufrechterhaltung der Arbeitsfähigkeit in der kritischen Infrastruktur. Um das Gesundheitssystem stabil und leistungsfähig zu halten, benötigt es die folgenden Maßnahmen:

1. Eine Verbesserung des Impfschutzes in der Gesamtbevölkerung und in den Familien, möglichst schon durch Impfung von Kindern ab fünf Jahren. Das Land stellt dazu 4-8 Millionen Impfungen im Herbst/Winter bereit.
2. Eine bessere Surveillance von Infektionen dort, wo sie stattfinden.
3. Angemessene Vorgaben dazu, an welchen Ort die dafür jeweils geeignete Maske zu tragen ist.
4. Keine Durchführung anlassloser Tests, aber eine gezielte Testung dort, wo es sinnvoll ist, z.B. in Schule und Kita.
5. Es braucht einen guten Instrumentenkasten für notwendige Infektionsschutzmaßnahmen seitens des Bundes, um rechtzeitig agieren zu können.

Oberstes Gebot: Die Einschränkungen in den Lebenswelten der Kinder und Jugendlichen müssen so gering wie möglich gehalten werden.

Präventiv sollte mit Blick auf den erwarteten Peak der Sommerwelle Ende Juli die Immunantwort der Bevölkerung ausgewertet werden. Außerdem sollte ergänzend zur COVID-Impfung eine massive Kampagne für die Influenza-Impfung hinzutreten, wie die aktuelle massive Influenza-Welle in Australien vor Augen führt. Mit einer Mischung aus Eigenverantwortung und klaren Vorgaben kann es gelingen, das Infektionsgeschehen möglichst niedrig zu halten. Dabei ist auch eine Beteiligung junger Menschen zu berücksichtigen, die sich in Ideenformaten einbringen können.